

20. Oktober 2006  
Presseaussendung von Greenpeace

*Umwelt/Verkehr/Straßenbau/Feinstaub/Gesundheit*

## **Greenpeace: Straßenbaumoratorium in Feinstaub-Sanierungsgebieten notwendig**

**Utl.: NÖ Feinstaub-Maßnahmenpaket wirkungslos - 250 t mehr an Feinstaub durch neue Straßen**

Wien (OTS) - Wien - Die Umweltschutzorganisation Greenpeace protestiert gegen die von Landeshauptmann Pröll und Bürgermeister Häupl forcierten Straßenbaupläne rund um Wien und in Niederösterreich. "Die Zunahme der Feinstaubemissionen durch neue Straßen wird die Wirkungen des Niederösterreichischen Anti-Feinstaub-Maßnahmenpakets mehr als zunichte machen", warnt Greenpeace-Verkehrssprecher Jurrien Westerhof. Im Zentrum der Kritik stehen die Aus- bzw. Neubaupläne bei der Marchfeld-Schnellstraße, der Traisental-Schnellstraße, der Weinviertler-Schnellstraße, der Wien-Umfahrung sowie der geplanten Donauquerung bei Traismauer.

Laut Berechnungen von Greenpeace würde durch die geplanten Straßenbauvorhaben, hauptsächlich in Niederösterreich, die Feinstaubbelastung um beinahe 250 Tonnen zunehmen. In Vergleich dazu: die Reduktion durch das niederösterreichische Maßnahmenpaket beträgt lediglich 40 Tonnen. Die neuen Straßen führen somit zu sechsmal mehr Feinstaub als das niederösterreichische Maßnahmenpaket reduzieren soll. In ganz Österreich bewirken laut Greenpeace-Berechnungen die Maßnahmenpakete im Verkehrssektor eine Reduktion von nur 395 Tonnen. Allein die Straßenbauprojekte in Niederösterreich machen fast zwei Drittel davon wieder zunichte.

"Durch die Errichtung neuer Transitachsen quer durch Niederösterreich wird der Verkehr, insbesondere der internationale LKW-Verkehr, drastisch zunehmen", so Westerhof. "Die Pläne von Landeshauptmann Pröll und Bürgermeister Häupl zeigen, dass ihnen die Gesundheit der Niederösterreicher und Wiener offenbar weniger wichtig sind als die Interessen der Frächter- und Straßenbaulobby".

Greenpeace verlangt österreichweit ein Straßenbaumoratorium für die Feinstaub-Sanierungsgebiete. Hierzu gehören Teile des Vorarlberger Rheintals, das Inntal und Linz, Salzburg und Hallein, Linz und Steyregg, große Teile Niederösterreichs, ganz Wien, das nördliche Burgenland, große Teile der Steiermark sowie das Klagenfurter Becken. Besonders rund um Wien und in Niederösterreich stehen große Straßenbauvorhaben bevor. "In Gebieten, wo die Feinstaubbelastung jetzt schon viel zu hoch ist, sollen keine neuen Straßen gebaut werden dürfen. Außerdem soll auch die Wirkung von Straßenbauvorhaben auf die Feinstaubbelastung in anderen Gebieten geprüft werden", so Westerhof abschließend.

Rückfragehinweis:

Greenpeace CEE

Jurrien Westerhof, Verkehrsexperte Greenpeace, 0664-6126701

mailto:[jurrien.westerhof@greenpeace.at](mailto:jurrien.westerhof@greenpeace.at)

Mag. Britta Schwarz, Pressesprecherin, 0664 61 26 721

mailto:[britta.schwarz@greenpeace.at](mailto:britta.schwarz@greenpeace.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT)  
OTS0055 2006-10-20/10:03